

Kommunalwahlprogramm 2025

Bündnis **Sahra** **Wagenknecht**

Vernunft
und Gerechtigkeit

in der Stadt Hamm

Hinweis

Die in diesem Wahlprogramm verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich immer gleichermaßen auf weibliche und männliche Personen. Auf eine Doppelnennung und gegenderte Bezeichnungen wird zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Inhalt

Vorwort	3
1.Arbeit und Existenzsicherung	4
2. Altersarmut	5
3. Gesundheit, Pflege & Inklusion	7
4. Politik in Zeiten von Pandemien – Beispiel Coronapolitik	10
5. Bezahlbares und sicheres Wohnen – Verhinderung von Obdachlosigkeit	11
6. Fachlich fundierte Drogenpolitik	14
7. Kinder und Jugendliche – Bildung und Förderung für alle	16
8. Junge Stimmen stärken – ihre Zukunft gemeinsam gestalten	19
9. Frauenförderung – Gleichberechtigung der Geschlechter	20
10. Alleinerziehende stärken – Teilhabe ermöglichen	22
11. Respekt vor unterschiedlichen geschlechtlichen und sexuellen Orientierungen	23
12. Antifaschismus, Frieden und Solidarität	24
13. Für eine menschliche und sinnvolle Asylpolitik – Beendigung der Kriegstreiberei	27
14. Umwelt, Natur und Verkehr	29
15. Demokratie und Mitbestimmung	31
16 Digitalisierung mit Augenmaß	32
17 Für eine starke kommunale Finanz- und Wirtschaftspolitik	33
Kontakt	40

Vorwort

Derzeit befinden wir uns auf der Zielgeraden zum Aufbau unserer kommunalen Parteistrukturen des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW – Vernunft und Gerechtigkeit) in der Stadt Hamm. Ein Organisationsteam wurde gegründet und wird von zahlreichen engagierten Unterstützern verstärkt. Für das zunehmende und aktive politische Interesse in der Bevölkerung an unserer Arbeit für Frieden, für soziale Gerechtigkeit und für eine verlässliche Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen nach Sicherheit und positiver Perspektive, sind wir sehr dankbar. Denn das heißt, dass wir mit unserer politischen Zielsetzung auf dem richtigen Weg sind.

Die Europawahl 2024 hat gezeigt, dass das Bündnis Sahra Wagenknecht sehr viele Menschen in Europa in ihrer Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien abholt. Auf Anhieb 6,2 % - das ist ein deutliches Wort! Aber es ist auch eine deutliche Aufforderung an uns, die Wahlversprechen aufrichtig zu verfolgen und umzusetzen.

In Hamm haben wir auf Anhieb und ohne aktiv Wahlwerbung zu betreiben, satte 5,1 % bei der Europawahl erreicht. Auch das ist eine klare Erwartungshaltung, die wir von den Wählenden in der Stadt Hamm spüren und als politischen Auftrag annehmen.

Wir stehen für eine sozial-gerechte, vernünftige, an den Erwartungen und Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten und vor allem stehen wir für Solidarität, Frieden erhaltende und Frieden schaffende Politik. Und wir stehen für mehr Bürgerbeteiligung, in allen Fragen, die die Menschen in unserer Stadt nachhaltig betreffen.

Auf dieser Grundlage steht unser Kommunalwahlprogramm 2025.



*Christopher Burger –
Oberbürgermeisterkandidat*

1. Arbeit und Existenzsicherung

Die neue Bundesregierung aus SPD und CDU hat sich offenbar gegen Fortschritt und für Rückschritt entschieden. Dies wird nicht nur hinsichtlich der zukünftig geplanten Arbeitsmarktpolitik deutlich.

Es ist zu erwarten, dass auch weiterhin viele Menschen mit ihrer Arbeit die eigene Existenz nicht werden sicherstellen können – nicht für sich und nicht für ihre Familien. Vielmehr wird der Druck auf diejenigen, die arbeitslos sind, weiter erhöht – z.B. durch den geplanten Rückfall in die Zeiten von Hartz IV mit den bekannten Sanktionierungen und der existentiellen Drohkulisse. Es wird mit Behauptungen Stimmung gemacht, die einem großen Teil der Bürgergeldempfänger „Arbeitsverweigerung“ vorwerfen.

Die Fakten sprechen ein anderes Bild, lediglich 0,6% der Bürgergeldempfänger verweigern lt. aktueller Statistik grundsätzlich die Aufnahme einer Arbeit. Es wäre fatal, wegen solch einer kleinen Prozentzahl alle betroffenen Hilfeempfänger latent dem Verdacht der Ausnutzung sozialer Leistungen auszusetzen.

Wir fordern stattdessen lösungsorientiert zu handeln:

- Gerechte Löhne, von denen es möglich ist, sicher und gut versorgt zu leben.
- Lohnersatzleistungen, die das Leben eines jeden Bürgers und jeder Bürgerin real absichern.
- Eine ausreichende Grundsicherung für diejenigen, die nicht oder nicht mehr am Arbeitsprozess teilhaben können – und zwar ohne Drohkulisse und stattdessen mit umfassenden hilfreichen Unterstützungsangeboten.
- Die Förderung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und sonstigen Leistungseinschränkungen.

- Arbeit darf nur zu Tariflöhnen vermittelt werden – wir wenden uns gegen Dumpinglöhne und Leiharbeit.
- Die Anerkennung der realen Miet- und Mietnebenkosten (Anpassung der Obergrenzen für Empfänger von Wohngeld und sonstigen Transferleistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes).
- Förderung des Wohnungsbaus in öffentlicher Hand zur Verhinderung von Mietwucher durch private Vermieter.
- Einen kostenlosen ÖPNV für Empfänger von Grundsicherungs- und Lohnersatzleistungen, perspektivisch für alle Bürger.
- Absolutes Verbot von Energiesperren für private Haushalte durch Stromanbieter (privat und staatlich).

Soziale Projekte wie die Hammer Tafel, Suppenküchen und Spaghetti-Clubs und Möbel- bzw. Kleiderkammern dürfen nicht als Ersatz für die unzureichende existentielle Grundsicherung herhalten.

Sie sollten – wenn überhaupt - zusätzliche Angebote darstellen aber niemals die einzige Grundlage für eine ausreichende Absicherung des individuellen Bedarfs sein.

2. Altersarmut

Armut beginnt meist schon in der Kindheit und wird verfestigt durch unser unzureichendes Bildungssystem, welches zu ungleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt führt und letztendlich in die zunehmende und politisch breit diskutierte Altersarmut. Überdurchschnittlich betroffen sind Frauen.

Die sogenannte weibliche Altersarmut hängt von verschiedenen Faktoren ab. Kindererziehungszeiten oder auch die häusliche Versorgung und Pflege der Eltern werden nicht ausreichend bei der Berechnung der Rente berücksichtigt.

Viele Frauen können nur in Teilzeit oder auch zeitweise gar nicht sozialversicherungspflichtig arbeiten. Dies rächt sich dann im Rentenalter.

Rentenreformen haben bisher nicht zu einer Reduzierung der Armutsgefahr geführt. Teils wurden hierdurch Arbeitgeber entlastet und Arbeitnehmer sollten sich auf eigene Kosten – z.B. mit einem kleinen Zuschuss des Staates - selbst fürs Alter absichern (siehe Riester-Rente).

Dieses Beispiel stellt eine besondere Falle für viele Alleinstehende dar. Die bereits in Armut lebenden versuchen sich mit kleinen, vom Mund abgesparten, Beträgen für später abzusichern und werden letztendlich im Ernstfall lediglich die staatlichen Existenzsicherungsleistungen (Grundsicherung) reduziert oder ihnen wird durch das Ansparen, aus eigenen Mitteln, das spätere Recht auf Wohngeldansprüche genommen.

Wie viele Menschen von Armut betroffen sind, ist nicht sicher zu sagen. Viele der Betroffenen leben zurückgezogen und nehmen Transferleistungen aus Scham und Unwissenheit nicht in Anspruch. Von 2015 bis 2024 hat die Armut in Deutschland offiziell um 39% zugenommen. Der demographische Wandel wird in den kommenden Jahren zu einer Verschärfung der Armutssituation in Deutschland führen.

Wir fordern daher zur Bekämpfung der Altersarmut:

- Schaffung einer vernünftigen Grundrente, die ein auskömmliches Leben für jeden Menschen im Rentenalter sicherstellt.
- Sicherstellung der Mietzahlungen durch Anhebung der Mietobergrenzen bzw. öffentliche Bezuschussung der Mietzahlungen für alte Menschen.
- Schaffung seniorengerechter und bezahlbarer Wohnungen.

- Intensive Unterstützung bei der Suche nach geeignetem und finanzierbarem Wohnraum.
- Ausbau von niedrigschwelligen Freizeit- und Beratungstreffpunkten für Senioren.

3. Gesundheit, Pflege & Inklusion

Gesundheit, Pflege und Inklusion sind entscheidende Bausteine für eine erfolgreiche und gemeindenahere kommunale Fürsorgepolitik. Alte, kranke und von Behinderungen betroffene Menschen benötigen grundsätzlich unsere besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Um eine menschenwürdige Pflege und bedürfnisorientierte Betreuung und Versorgung zu ermöglichen, ist eine individuelle Abstimmung der Angebote auf die Bedürfnisse der Menschen erforderlich.

Der Begriff „Pflegenotstand“ tauchte bereits in den 1960er-Jahren auf. In den folgenden Jahrzehnten wurde das Problem systematisch ignoriert oder kleingeredet. Die Pflegeversicherung von 1995 konnte das Finanzierungsloch nie schließen, strukturelle Mängel wurden hingenommen. Schlechte Bezahlung, fehlende Wertschätzung, Überlastung – und das in einem Beruf, der täglich mit Verantwortung, Leid und Leben arbeitet.

Trotz steigender Anforderungen wurden Arbeitsbedingungen kaum verbessert. Eher verschlechtert. Die Corona - Pandemie hat diese Entwicklung brutal offengelegt. Was folgte? Ein kurzer Applaus vom Balkon – aber keine echte Reform.

Gleichzeitig wird erwartet, dass Pflegekräfte zunehmend hauswirtschaftliche Aufgaben mitübernehmen, da Servicekräfte in vielen Einrichtungen aus Kostengründen gestrichen wurden. Dadurch wird wertvolle Pflegezeit zweckentfremdet – mit Folgen: weitere Überlastung, steigende Fehleranfälligkeit und ein zunehmender Exodus aus dem Beruf.

Für die Pflege fordern wir:

- Förderung der Ausbildung von Pflegekräften.
- Schaffung von Anreizen, den Pflegeberuf zu erlernen.
- Ausreichende Ausstattung der Pflegedienste mit zusätzlichem geschultem Personal zur Unterstützung.
- Schaffung von Beratungs- und Betreuungsangeboten im engen Lebensumfeld der zu versorgenden Menschen.
- Finanzielle und persönliche Unterstützung der pflegenden Angehörigen.
- Förderung niedrigschwelliger Freizeit- und Hilfsangebote im häuslichen Umfeld.
- Aktive Förderung sozialer Kontakte für pflegebedürftige und behinderte Menschen.

Wir fordern die zunehmende Ermöglichung einer 24-Stunden-Pflege für Schwer-pflegebedürftige Menschen in ihrem häuslichen Umfeld. Wir fordern diesbezüglich umfassende Konzepte, die die angemessene Vergütung aus der Pflegeversicherung – sowohl für pflegende Angehörige als auch für professionelle Pflegekräfte (z.B. aus dem Süd-Osteuropäischen Ausland) -sicherstellen.

Ziel muss die Gewährleistung einer menschenwürdigen und bedarfsorientierten Pflege im häuslichen Umfeld sein – und zwar nicht nur mit den kostengünstigen Arbeitskräften aus dem Ausland. Wir begrüßen die Entwicklung von quartierbezogenen Pflegestützpunkte.

Inklusion ist für uns keine Worthülse, sondern beinhaltet die gleichberechtigte Teilnahme aller Menschen am Leben in der Gemeinschaft. Unsere Stadt ist für alle Menschen da, die hier leben.

Und zwar unabhängig ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihres Geschlechts, ihrer Leistungsfähigkeit oder ihrer körperlichen bzw. seelischen Beeinträchtigungen.

Wir fordern daher:

- Mehr inklusive Freizeitangebote.
- Mehr Unterstützungsangebote für hilfebedürftige Menschen in unserer Stadt.
- Die Errichtung eines „Hauses der Kulturen der Welt“.
- Die interkulturelle Öffnung sämtlicher kommunaler Verwaltungsbereiche.
- Inklusive Bildungskonzepte an sämtlichen Schulen.
- Förderung integrativer Betriebe.
- Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen auf dem 1. Arbeitsmarkt.

Des Weiteren fordern wir für Geflüchtete eine menschenwürdige Behandlung in unserer Kommune mit dezentralen Wohnmöglichkeiten, einem umgehenden Sprachkursangebot und der Ermöglichung einer zeitnahen Aufnahme einer Arbeits- bzw. Beschäftigungsmöglichkeit - je nach Bedarf.

Geflüchtete sind in der Regel traumatisiert durch Krieg, Armut und die Erlebnisse auf ihrer Flucht. Es ist wichtig, dass sie unbürokratisch psychologische und psychosoziale Unterstützung erhalten. Die aktive alltägliche Einbindung in ihr Lebensumfeld ist für ein gesundes Zugehörigkeitsgefühl und eine Inklusion unerlässlich.

4. Politik in Zeiten von Pandemien – Beispiel Coronapolitik

Die Corona - Zeit hat tiefe Risse in unserer Gesellschaft hinterlassen. Zwischenmenschliche Beziehungen wurden auf eine harte Probe gestellt und viele sind daran zerbrochen. Selbst in Familien kam es zu unüberwindbaren Konflikten, die infolge einer teils emotionalaggressiven, spaltenden und unsere demokratischen Werte missachtenden Politik künstlich erzeugt wurden. Politiker, Funktionäre, Wissenschaftler und nicht zuletzt die Medien haben mitgemacht.

Sie schürten Angst und Panik, sie verurteilten diejenigen, die von ihrem Recht Gebrauch machten, kritische Fragen zu stellen und sie förderten eine tiefe Spaltung in unsrer Gesellschaft. Menschen wurden diffamiert, wenn sie nicht den Anordnungen der Politik folgten – heute wissen wir, dass es an einer wissenschaftlichen Untermauerung der teils freiheitseinschränkenden Maßnahmen fehlte, im Gegenteil, die Wissenschaft äußerte deutliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Lockdowns und flächendeckenden Tests und Impfungen (siehe Corona-Files).

Wir stehen für einen offenen Umgang mit Kritik und Selbstbestimmungsrechten der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt – und dies trifft natürlich auf alle Menschen zu.

Es ist ein Menschenrecht, dass jeder seine Zweifel und Ängste bzw. Befürchtungen öffentlich äußern darf, ohne Repressalien durch die Politik fürchten zu müssen. Das ist ein wesentlicher Teil unserer Demokratie.

Deshalb wollen wir:

- Die unbedingte Einberufung eines Expertenrates aus Medizinerinnen und Wissenschaftlern vor Ort - zur Erhebung realer Daten und Erkenntnisse aus der Forschung und medizinischer Erfahrung.

- Die Beteiligung der Bürgerschaft an den Beratungen und Entscheidungen.
- Die finanzielle und existentielle Absicherung aller von Maßnahmen betroffenen beruflich tätigen Bürgerinnen und Bürgern sowie aller Unternehmer und Unternehmerinnen.
- Kinder und Jugendliche mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln von schweren psychischen und körperlichen Schäden durch eventuelle eingreifende Maßnahmen, auch unnötigen Impfungen, zu schützen.
- Senioren und Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen – also besonders gefährdete Gruppen - vor sozialer Isolation zu schützen.
- Einen vielfältigen und offenen Diskurs über die politischen Entscheidungen zu führen.

5. Bezahlbares und sicheres Wohnen – Verhinderung von Obdachlosigkeit

Wir begrüßen die Zusammenlegung vieler Beratungs-, Betreuungs- und Begleitangebote der „Freien Träger“ in der Stadt Hamm, für die wir jahrelang geworben haben, zentral in der Innenstadt mit guter ÖPNV Anbindung.

Wir begrüßen daher die nun erfolgten Ratsbeschlüsse zur Umsetzung des Träger- und Gästehauses im Bereich Alleestraße/ Östingstraße/ Schwarzer Weg. Diese Entwicklung ist erfreulich und wegweisend. Sie darf damit aber nicht abgeschlossen sein.

Wohnungslosigkeit ist in Hamm einerseits deutlich sichtbar im Stadtbild. Zahlreiche Menschen leben augenscheinlich, tags und nachts, auf unseren Straßen, ohne ein Dach über dem Kopf. Sie bitten Passanten um Geld bzw. Nahrungsmittel für ihren Lebensunterhalt und schlafen nachts in Hauseingängen, Hinterhöfen und sonstigen Schutzgebenden Räumen in unserer Stadt. Wer morgens früh in die Innenstadt geht, findet die Betroffenen häufig noch notdürftig mit Decken oder Schlafsäcken vor Kälte und Feuchtigkeit geschützt auf der Erde schlafend.

Was vielen Nicht-Betroffenen nicht auffällt, ist die Tatsache, dass den auf der Straße lebenden Menschen keine öffentlich zugänglichen und kostenlosen sanitären Anlagen zur Verfügung stehen. Sie müssen ihre Notdurft dort verrichten, wo sie leben. Sie können sich nicht geschützt waschen – geschweige denn duschen. Das ist neben dem an sich menschenunwürdigen Zustand der Wohnungslosigkeit eine zusätzliche nicht hinnehmbare Verletzung der Menschenwürde.

Wohnungslosigkeit ist in Hamm zum anderen aber auch für die meisten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt unsichtbar. Wohnungslose Menschen wohnen in städtischen Unterkünften (siehe Dortmunder Straße) oder auch in Pensionen/Hotels/Zimmern, welche zum Zwecke der Unterbringung betroffener Menschen von Seiten der Kommune angemietet werden (z.B. in Zusammenhang mit Zwangsräumungen).

Seit den 90er Jahren machen findige Vermieter ein gutes Geschäft mit der Wohnungsnot in der Stadt Hamm. Sie vermieten einzelne minimalistisch möblierte Zimmer ihrer Wohnungen für einen völlig unangemessenen Mietpreis. In den 90er Jahren standen in diesen Zimmern noch jeweils vier Betten – und jedes Bett bedeutete damals für die Vermieter 400,-DM Mieteinnahme. Die Miete zahlt in der Regel die Kommune über das Bürgergeld. Ein 10qm - Zimmer kostet dort aktuell durchaus 600,-€ warm. Dieser Zustand ist und bleibt unhaltbar.

Des Weiteren kommen Menschen auch bei Freunden, Verwandten oder sogar bei fremden Personen in der Not unter und fallen bei der Erfassung der Wohnungslosigkeit durchs Raster. Das ist sozusagen die Dunkelziffer.

Die von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen sind keine homogene Gruppe. Verschiedenste Gründe können in die Wohnungslosigkeit führen, so zum Beispiel:

- Verschuldung (z. B. Durch Verlust des Arbeitsplatzes).
- Kündigungen des Mietverhältnisses (z. B. wegen Eigenbedarf).
- Suchterkrankungen (wie z.B. Alkoholabhängigkeit oder auch Spielsucht).
- Psychische Erkrankungen (wie z.B. Psychosen oder manisch-depressive Erkrankungen).
- Überfordernde Lebensereignisse wie Scheidung/Trennung oder der plötzliche Tod eines nahestehenden Menschen.

Deshalb fordern wir:

- Eine klare und wirksame Mietpreisbremse zur Verhinderung unbezahlbarer Mieten und zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit.
- Gründung einer Task-Force-Wohnen zur frühzeitigen Erkennung drohender Wohnungslosigkeit und zur aktiven Vermittlung geeigneten Wohnraumes.

- Ausbau der Straßensozialarbeit zur Versorgung der obdachlosen Menschen in unserer Stadt.
- Aufstockung gemeindenaher Angebote zur Versorgung von Armut betroffener Menschen mit Mahlzeiten und Gebrauchsgütern des alltäglichen Lebens.
- Aufbau generationsübergreifender, niedrigschwelliger Kontakt- und Freizeitangebote zentral in der Stadt.

Ein wirksames Konzept zur Verhinderung bzw. zur nachhaltigen Reduktion von Wohnungslosigkeit muss so vielfältig sein, wie das Problem und die betroffenen Menschen an sich.

Wir fordern einen konstruktiven Austausch mit und zwischen den bisher bereits in der Wohnungslosenarbeit aktiven professionellen Stellen, um nach Möglichkeiten einer Optimierung der Wohnungsnotfallhilfe zu suchen, sowohl mit dem Ziel der deutlichen Reduktion der aktuellen Fallzahl, als auch mit dem Ziel der verbesserten Prävention im Vorfeld des Eintritts in die Wohnungslosigkeit.

6. Fachlich fundierte Drogenpolitik

Medizinische und psychosoziale Behandlungs- und Betreuungsangebote für Suchtkranke Menschen (insbesondere Konsumenten von sogenannten „harten“ Drogen) geraten zunehmend in emotionalisierte Stigmatisierungsprozesse innerhalb der Bevölkerung.

Wir haben größtes Verständnis für die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die angesichts des Elends auf unseren Straßen und der nicht zuletzt auch durch die Medien zugespitzten Kriminalitätsproblematik, massive Ängste gegenüber drogenabhängigen Menschen entwickeln.

Aber wir sind davon überzeugt, dass nur eine professionelle und vor allem den individuellen Anforderungen der Krankheitsbilder genügende Umsetzung fundierter Behandlungs- und Betreuungsangebote zu einer Begrenzung von Kriminalität und Elend auf unseren Straßen führen kann.

Dafür muss folgendes geschähen:

- Ausbau der Therapie- und Betreuungsangebote (stationär und ambulant).
- Umsetzung der geplanten Substitutionspraxis.
- Einrichtung eines Heims für Suchtkranke.
- Sicherstellung des kostenlosen Zugangs zu medizinischem Cannabis.
- Verzicht auf Alkoholwerbung im Stadtbild.
- In weiterführenden Schulen muss die umfassende Aufklärung über die Wirkung und die Langzeitschäden durch die Nutzung von Drogen und Alkohol auf den Lehrplan.
- Wir begrüßen die Legalisierung von Cannabis – gleichzeitig müssen Jugendliche frühzeitig sachlich fundiert über die Risiken des Gebrauchs von Cannabis (psychische Erkrankungen wie Psychosen) dringend in den Schulen aufgeklärt werden.
- Drogenabhängige Menschen, die gleichzeitig obdachlos sind, müssen bei der Wohnungssuche intensiv unterstützt werden – es muss entsprechender Wohnraum geschaffen werden

Wir haben uns jahrelang für die Einrichtung eines Trägerhauses sowie eines Gästehauses in Hamm eingesetzt. Nun sind die Grundlagen politisch für den Bau verabschiedet worden. Das freut und sehr. Nun werden verschiedene Träger unter einem Dach genügend Raum für die professionelle und menschenwürdige Betreuung psychisch erkrankter, behinderter und an den Folgen des Drogenkonsums leidender Menschen finden.

Unser Anliegen ist, die geplante **Substitutionspraxis** ebenfalls in direkter Nähe zu diesem Standort zu etablieren. Der aktuell geplante Standort an der Werler Straße ist aus unserer Sicht kontraproduktiv – für Anwohner und Anwohnerinnen, die bereits deutlich öffentlich mit ihren Ängsten und teils auch berechtigten Sorgen auf sich aufmerksam machen. Er ist aber auch für die zu versorgenden Patienten kontraproduktiv, die unter der massiven öffentlichen Ablehnung des Standortes persönlich leiden und unter Druck geraten würden.

7. Kinder und Jugendliche – Bildung und Förderung für alle

Jedes vierte Kind in Hamm wächst in Armut auf. Es gibt zu wenige attraktive Spielplätze und Schwimmbäder in unserer Stadt. Eine Ausnahme bildet der Spielplatz im Maxi-Park in Hamm Uentrop. Barrierefreie und inklusive Spielplätze müssen in allen Stadtbezirken die Regel sein.

Für eine große Anzahl Jugendlicher stehen nicht genügend Ausbildungsplätze bereit. Für viele von ihnen ist das Leben überschattet von Erfahrungen der bildungspolitischen und finanziellen Ausgrenzung. Bildung und Teilhabe wird ihnen verwehrt.

Die Privatisierung der Kinder- und Jugendhilfe lehnen wir ab. Ein mehr als 100 Jahre altes Subsidiaritätsgesetz muss auf der Bundesebene zeitnah reformiert werden. Wir sind für den Erhalt der Trägervielfalt, wenn die Träger lokal verwurzelt und über Jahrzehnte gewachsen und hier verankert sind.

Wir setzen uns deshalb für folgende Ziele ein:

- Gesundes und kostenfreies Mittagessen in allen Hammer Schulen.
- Gebührenfreie Betreuung aller Kinder in den Hammer KITAS ab dem ersten Lebensjahr.
- Eine Aufstockung der Zahl der Mitarbeiter im städtischen Jugendamt.
- Eine auskömmliche Ausstattung der freien Träger der Jugendhilfe.
- Für wohnortnahe Grundschulen.
- Eine gute und zeitgemäße Ausstattung aller Schulen sowie eine naturnahe Umgestaltung der Schulhöfe. Und die Öffnung der Schulhöfe in der unterrichtsfreien Zeit.
- Ein Konzept zur Umsetzung von Lehrmittelfreiheit, auch bei digitalen Formaten.
- Multiprofessionelle Teams an allen Hammer Schulen.
- Die Errichtung weiterer Gesamtschulen in Hamm, insbesondere nördlich der Lippe.

- Bildung darf keine Frage des Geldes der Herkunft sein. Deshalb setzen wir uns für ein Nachhilfeangebot ein, was für jedes Einkommen fair und bezahlbar ist.
- Eine Hausmeister für jede Schule.
- Den Ausbau und die Erhöhung der Attraktivität von Spielplätzen, sowie den Ausbau der inklusiven Spielplätze.
- Die Verbesserung des Schwimmangebots für Kinder und Jugendliche.
- Wege zur mehr Mitbestimmung von Anregungen und Forderungen von Kindern und Jugendlichen.
- Die Erhebung einer Ausbildungsabgabe für die Betriebe, die nicht ausbilden.
- Grün- und Freiflächen für Jugendliche, als offene Treffpunkte in allen Stadtteilen.
- Mehr wohnortnahe, finanziell und personell gut ausgestattete Jugendzentren, sowie aufsuchende Sozialarbeit.
- Alle Schüler sollten einen kostenlosen Büchereisenausweis erhalten.

- Wir lehnen weiterhin private (Fach-) Hochschulen ab. Konzerne haben im Bildungsbereich nichts zu suchen. Dagegen begrüßen wir die Ansiedlung von staatlichen (Fach-) Hochschulen in unserer Stadt.
- Studierende bereichern das Leben in Hamm. Gleichzeitig erfordert dies, die Infrastruktur voranzutreiben. Hier ist besonders darauf zu achten, dass genügend preiswerter Wohnraum für alle zur Verfügung steht.

8. Junge Stimmen stärken – ihre Zukunft gemeinsam gestalten

Unsere Jugend darf nicht länger übergangen werden – sie verdient Mitsprache, denn es ist ihre Zukunft, die wir heute gestalten. Zu lange wurde junge Perspektive in der Politik nur am Rand berücksichtigt. Wir wollen das ändern: Mit einem Juniorparlament schaffen wir eine echte Beteiligungsplattform für Schülerinnen und Schüler.

Aus jeder Schule sollen gewählte Jugenddelegierte regelmäßig zusammenkommen, um sich mit Verantwortlichen auszutauschen, Lob und Kritik zu äußern sowie eigene Ideen einzubringen. Sie können Problemfelder aufzeigen, die der Politik vielleicht verborgen bleiben – aber auch aufzeigen, was gut läuft. So fördern wir politisches Interesse und stärken das Gefühl: Meine Meinung zählt, Ich werde gehört, Ich kann etwas bewegen.

Wir glauben an die Zukunft unserer Gesellschaft – und das heißt: Wir glauben an unsere Jugend.

9. Frauenförderung – Gleichberechtigung der Geschlechter

Der sogenannte Gender-Care-Gap zeigt, dass Frauen noch immer deutlich mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit aufwenden als Männer. Das ist Zeit, die ihnen für die Erwerbsarbeit fehlt und Auswirkungen auf ihre Entlohnung hat, ihre beruflichen Chancen, ihre ökonomische Eigenständigkeit und ihre Alterssicherung. Wie Frauen und Männer ihre Zeit für Erwerbs- und Sorgearbeit verteilen, ist damit auch gesellschaftlich relevant und hat weitreichende Folgen für die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Auch im Bereich der Versorgung und Betreuung von pflegebedürftigen Menschen zeigt sich: Frauen schultern weiterhin den Großteil der informellen Pflege in Deutschland. Viele Pflegende sind gleichzeitig berufstätig. Sie meistern den belastenden Spagat zwischen Pflege und Beruf - oft über die Grenzen des Vertretbaren hinaus.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in unserem Grundgesetz in Artikel 3 verankert. Frauen bilden in etwa die Hälfte der Bevölkerung. Sie haben den gesetzlichen Anspruch auf gleiche Teilhabe und gleiche Entwicklungschancen – im Beruf und in der Familie.

Aber in der Realität sind Frauen nach wie vor in vielfältiger Weise benachteiligt.

Sie sind in vielen Bereichen und vor allem auf höheren Funktionsebenen unterrepräsentiert. Frauen verdienen durchschnittlich weniger als Männer – für die gleiche Arbeit. Der sogenannte Gender-Pay-Gap findet seine Fortsetzung in einer vergleichsweise niedrigen Altersrente. Dass die Renten von Frauen so niedrig ausfallen, ist u. a. der Tatsache geschuldet, dass sie die Sorgearbeit überwiegend allein leisten. Sie übernehmen Haushalt und Kinderbetreuung sowie die Pflege von Angehörigen und arbeiten dafür in Teilzeit oder müssen ihre Erwerbstätigkeit gänzlich aufgeben.

Zentrales Anliegen des BSW ist es, von der gesetzlichen Gleichberechtigung zur wirklichen Gleichstellung zu gelangen. Dazu braucht es u. a. konkrete Vereinbarkeitslösungen, im Hinblick auf Beruf und Familie, z. B. durch die flächendeckende Bereitstellung von Kinderkrippen und Kindergartenplätzen sowie eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder in diesen Einrichtungen.

Mindestens 75 Tage im Jahr haben Kinder in Deutschland Schulferien bzw. feiertags bedingt keinen Unterricht. Für Eltern, die vollbeschäftigt und häufig auf zwei Einkommen angewiesen sind, ist das eine enorme Herausforderung, die Betreuung sicherzustellen.

Mit 30 Tagen lassen sich die Ferienzeiten kaum abdecken. Vor allem für Alleinerziehende ist eine Erwerbstätigkeit in Vollzeit nahezu unmöglich. Hier ist der Staat gefordert, verlässliche, kostenfreie und qualitativ wertvolle Ferienbetreuung anzubieten.

Kinderbetreuung ist allerdings nicht nur in den Ferienzeiten unverzichtbar – sie muss auch in den Schulzeiten verlässlich und ausreichend lang garantiert sein, idealerweise durch eine Ganztagsbetreuung, die u. a. kostenlose Angebote im Bereich Sport, Kunst und Musik sowie eine Schulspeisung beinhaltet.

Das Modell Ganztagsschule oder eine gesicherte Hort-Betreuung muss sich in ganz Deutschland endlich durchsetzen. Derzeit fehlen hunderttausende Plätze bundesweit!

Die Pflege von Angehörigen ist Arbeit und verdient adäquate Entlohnung bzw. finanzielle Wertschätzung sowie gesellschaftliche Anerkennung. So muss sich das Pflegegeld deutlich erhöhen. Derzeit ist es viel zu niedrig. Das Pflegegeld bei Stufe 4 (wo fast eine 24-Stunden-Pflege nötig ist) beträgt seit Januar diesen Jahres 800 Euro. Das Pflegegeld sollte sich an der Entlohnung orientieren, die professionelle Pfleger bekommen – entsprechend dem Grundsatz: gleiche Arbeit, gleicher Lohn!

Großer Handlungsbedarf besteht im Hinblick auf den Gewaltschutz von Frauen. Seit Jahren ist Gewalt gegen Frauen tendenziell steigend. Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem (Ex-) Partner getötet.

Bundesweit fehlen über 12.000 Frauenhausplätze. Wir setzen uns das Ziel, die Gewaltschutz- und Hilfesysteme auszubauen, und die Zahl an Schutzwohnungen und Frauenhausplätzen signifikant zu erhöhen. Die Finanzierung der Frauenhäuser muss durch den Bund langfristig gesichert sein. Die Inanspruchnahme von Frauenhäusern und Schutzräumen muss grundsätzlich kostenfrei für Frauen sein.

Neben der Unterstützung und Beratung von Gewalt betroffene Frauen sind Maßnahmen der Gewaltprävention ein weiteres wichtiges Handlungsfeld. Es braucht bundesweit vergleichbare Ansätze, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verhindern. Entsprechend müssen die Information über und die Sensibilisierung zum Gewaltschutz fester Bestandteil im Bildungscurriculum sein – in Schulen.

10. Alleinerziehende stärken – Teilhabe ermöglichen

Alleinerziehende leisten täglich Enormes – sie übernehmen Verantwortung, tragen die doppelte Last und stehen dabei viel zu oft allein da. Und wir meinen damit Alleinerziehende unabhängig von ihrem Geschlecht. Noch immer ist es für Alleinerziehende deutlich schwieriger, wieder ins Berufsleben einzusteigen.

Statt Unterstützung stoßen viele der Betroffenen auf Hürden – sei es durch fehlende Betreuungsangebote, unflexible Arbeitszeiten oder mangelnde Anerkennung.

Es darf nicht sein, dass Menschen benachteiligt werden, nur weil sie sich allein um ihr Kind kümmern. Arbeit bedeutet nicht nur Einkommen, sondern auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wer arbeiten will, soll dies auch können – und zwar mit fairen Chancen und echter Unterstützung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Alleinerziehende die Hilfe bekommen, die sie verdienen – durch flexible Arbeitsmodelle, bessere Kinderbetreuung und gezielte Förderprogramme. Denn eine Gesellschaft zeigt ihre Stärke darin, wie sie mit den am stärksten Belasteten umgeht.

11. Respekt vor unterschiedlichen geschlechtlichen und sexuellen Orientierungen

Jeder Mensch darf sich selbst so erleben, wie er es möchte. Jeder Mensch darf lieben wie und wen er will. Die absolute Grenze ist dort, wo es dem Gegenüber schadet (z. B. wenn es sexuelle Neigungen von Erwachsenen gegenüber Kindern oder sonstigen schutzbedürftigen Menschen betrifft).

Wir halten jedoch die gegenwärtige Möglichkeit der jährlichen amtlichen Änderung des Geschlechtseintrags für absurd und kontraproduktiv. Sie zieht vielmehr die eigentliche Ernsthaftigkeit des Bemühens um eine Wertschätzung der sexuellen und geschlechtlichen Freiheit ins Lächerliche.

Je nach Bedürfnis – und das können rein egoistische und der eigenen Bereicherung dienliche Gründe sein, kann theoretisch jeder oder jede jährlich nach Belieben sein Geschlecht ändern.

Im Extremfall kann ein Mann mit sexuell übergriffigen Phantasien sein Geschlecht als weiblich eintragen lassen, um sich dann ungestraft in für Frauen vorgesehenen geschützten öffentlichen Bereichen (z.B. Sauna oder Duschen in Schwimmbädern) aufzuhalten.

12. Antifaschismus, Frieden und Solidarität

Unsere Stadt soll ein Ort des Friedens, der Menschlichkeit und des Miteinanders sein.

Angesichts wachsender gesellschaftlicher Spannungen, des Ukraine-Krieges und zunehmender Hetze gegen Geflüchtete ist eine klare Haltung gegen jede Form von Faschismus, Rassismus und Kriegspropaganda wichtiger denn je.

Den Faschismus in all seinen Formen konsequent bekämpfen. Faschismus zeigt sich in unterschiedlichen Ideologien und Gruppen, die Hass, Ausgrenzung und Gewalt fördern. Unsere Stadt muss entschlossen gegen alle extremistischen Strömungen vorgehen.

Wir setzen uns deshalb für folgende Ziele ein:

- Strukturen, die durch Nationalismus, Rassismus oder Gewaltpropaganda auffallen, dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben. Solche Organisationen müssen auf allen Ebenen konsequent bekämpft werden.
- Keine Plattform für faschistische Gruppen: Wir setzen uns dafür ein, dass Organisationen, die faschistische oder extremistische Ideologien verbreiten, in Hamm weder Räume noch Veranstaltungen erhalten.
- Gesellschaftliche Bündnisse gegen Faschismus: Wir stärken demokratische Bündnisse, die sich gegen jede Form von Faschismus und Extremismus – unabhängig von ethnischem oder religiösem Hintergrund – engagieren.

- Antifaschistischer Widerstand: Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen rechtsextreme oder faschistische Aufmärsche und Strukturen sind ein legitimes Mittel. Diese Aktionen verdienen politische und finanzielle Unterstützung.
- Aufklärungsarbeit ausbauen: politische Bildung muss deutlich machen, dass Faschismus nicht nur in der Vergangenheit eine Gefahr war, sondern in seinen unterschiedlichen Formen bis heute eine Bedrohung für Demokratie und Menschenrechte darstellt.

Weiter fordern Wir:

- Hass und Hetze gegen Geflüchtete bekämpfen: faschistische Narrative, die Geflüchtete zu Sündenböcken machen, dürfen in Hamm keinen Platz haben. Die Stadt muss gezielte Aufklärungskampagnen starten, um Vorurteile abzubauen.
- Kriegspropaganda stoppen: Militaristische und gewaltverherrlichende Propaganda, die Konflikte anheizt oder bestimmte Gruppen dämonisiert, muss entschieden bekämpft werden.
- Keine Bundeswehrwerbung. „Kein Werben fürs Sterben“ bleibt unser Grundsatz. Wir fordern ein Ende der Bundeswehrwerbung in Schulen, Jobcentern und öffentlichen Räumen.
- Medienkompetenz stärken: In Schulen und durch städtische Programme wollen wir die Fähigkeit fördern, Desinformation, extremistische Narrative und Kriegspropaganda zu erkennen und zu widerlegen.

Solidarität mit Geflüchteten und vom Krieg Betroffenen. In Krisenzeiten wie diesen, ist Solidarität unverzichtbar. Hamm soll ein sicherer Hafen für alle Geflüchteten sein – unabhängig von Herkunft oder Fluchtgrund.

Unsere Forderungen:

- Keine Abschiebungen aus Hamm: Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, dürfen nicht abgeschoben werden. Die Stadt muss sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen.
- Gleiche Rechte für alle Geflüchteten: Alle Geflüchteten, ob aus der Ukraine oder aus anderen Ländern, müssen gleichbehandelt werden. Solidarität darf nicht selektiv sein.
- Integration fördern: Geflüchtete brauchen Zugang zu Wohnraum, Bildung, Arbeit und sozialen Angeboten, um ein Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Erinnerungskultur und religiöse Vielfalt fördern. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der respektvolle Umgang mit religiöser Vielfalt sind zentrale Bestandteile unserer antifaschistischen Haltung.

Daher sind unsere Forderungen:

- Erinnerungskultur stärken: Alle Denkmäler, insbesondere Kriegerdenkmäler, müssen mit Tafeln versehen werden, die den historischen Kontext erklären und klar machen, dass Krieg immer ein Verbrechen ist. Neue Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus sollen errichtet werden.

Wir fordern Transparenz und einen interreligiösen Dialog, der auf Demokratie und Respekt basiert. Für ein friedliches und gerechtes Hamm – Gemeinsam gegen Faschismus und Krieg. Hamm soll eine Stadt sein, die für Solidarität, Frieden und Demokratie steht. Faschismus, Rassismus und Militarismus haben hier keinen Platz – weder in der Politik, noch in der Gesellschaft.

Wir kämpfen für ein friedliches Zusammenleben, in dem Menschenrechte an erster Stelle stehen. Gemeinsam gestalten wir eine Stadt, die Hass und Hetze überwindet und Menschlichkeit ins Zentrum stellt.

13. Für eine menschliche und sinnvolle Asylpolitik – Beendigung der Kriegstreiberei

Als BSW vertreten wir uneingeschränkt das Grundrecht auf Asyl. Jeder Mensch hat das Recht, Asyl zu beantragen. Jeder Mensch hat das Anrecht auf eine rechtlich abgesicherte Prüfung seines Antrages auf Asyl. Jeder Mensch in Not hat das Recht auf Schutz und Wahrung der Menschenwürde.

Wir teilen allerdings auch die Kritik der Flüchtlingsräte in der Bundesrepublik, insbesondere mit Blick auf Minderjährige.

Wir wollen den Fokus einer menschenwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik auf die Ursachen der Problematik richten. Die Ursache für unsere Asyldebatte liegt nicht zuletzt in der zunehmenden Kriegsbereitschaft unserer Politiker begründet.

Kriege sind die Ursache für die in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Flüchtlingsströme nach Europa bzw. inzwischen sogar innerhalb Europas. Die Lösung kann nicht sein, Menschen, die von uns mitverschuldet von Tod und Armut bedroht sind, abzuschieben und für unsere schlechte Politik verantwortlich zu machen.

Wir fordern daher:

- Friedenstüchtigkeit statt Kriegstüchtigkeit.
- Beendigung der Waffenlieferungen in Kriegsgebiete auf der ganzen Welt.
- Beendigung des europäischen politischen Macht- und Kriegsgebaren gegenüber Russland.
- Konsequente Diplomatie zur Förderung der Beendigung von Kriegen im Nahen Osten.
- Förderung von Abkommen mit armen und kriegsgebeutelten Ländern auf dem afrikanischen Kontinent.
- Positiven Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland wieder aufgenommen werden.
- Ausbau des kulturellen und sozialen Kontaktes zwischen Ost und West.

Wir wollen eine gerechte Asylpolitik. Dazu gehört auch, dass die zuständigen Behörden ausreichend Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Verfügung haben, die die Asylverfahren durchführen müssen.

Wir fordern:

- Asylanträge müssen zeitnah bearbeitet werden.
- Menschen, die Asyl beantragen, müssen menschenwürdig untergebracht werden. Wir fordern eine Abkehr von Massenunterkünften.

- Asyl beantragende Menschen dürfen nicht von der Bevölkerung unseres Landes isoliert werden.
- Sprachkurse müssen niedrigschwellig vor Ort angeboten werden, um die Kommunikation sicherzustellen (alternativ ausreichend Dolmetscher).
- Es darf nicht zu jahrelangen Asylprüfungs- und Abschiebungsverfahren kommen. Es muss Sorge dafür getragen werden, dass die Menschen in ihrer psychischen Ausnahmesituation ausreichend psychosozial unterstützt werden (Sozialarbeiter/Psychologen bei schweren Traumatisierungen).

Dazu gehört auch, dass die zuständigen Behörden ausreichend Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Verfügung haben, die die Asylverfahren durchführen müssen.

14. Umwelt, Natur und Verkehr

Als BSW fordern wir in der Kommunalpolitik eine konsequente Umwelt- und Naturschutzpolitik für den Erhalt der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt.

Wir fordern:

- Einen attraktiv gestalteten, kostenfreien ÖPNV, der allen Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg von PKW auf Bus und Bahn ermöglicht.
- Wir fordern die Wiedereinrichtung der aktuell abgeschafften Ringbuslinie.

Eine Stadt, die Klimaneutralität will, braucht verlässlichen Nahverkehr – auch abseits der Innenstadt. Die Ringbuslinie verbindet Stadtteile direkt, ohne Umweg über das Zentrum. Sie ist nicht nur praktisch, sie ist sozial – für Schüler, Seniorinnen, Pendlerinnen und alle, die kein Auto haben oder bewusst verzichten.

Wer ernsthaft CO₂ einsparen will, darf diese Linie nicht streichen.

Man kann nicht auf der einen Seite fordern, dass Menschen das Auto stehen lassen – und ihnen auf der anderen Seite die Alternative nehmen. Der Erhalt und Taktverdichtung der Ringbuslinie ist unabdingbar. Mobilität in Hamm darf kein Privileg sein – sondern ein Grundrecht. Und sie muss klimafreundlich, bezahlbar und für alle erreichbar sein.

Deswegen:

- Ein flächendeckend nutzbares und sicheres Fahrradwegesystem.
- Die Integration von zusätzlichen Grünflächen und damit die zunehmende Entsiegelung von Flächen im Innenstadtbereich (Fußgängerzone).
- Konzepte zur Verringerung des Schwerlastverkehrs in unserer Stadt – nicht nur in der Innenstadt.
- Die unentgeltliche Bereitstellung von Grünflächen für die private Nutzung (z.B. für Gemüseanbau für den privaten Bedarf).
- Stärkung der regionalen Wirtschaft durch Entbürokratisierung der Zulassungsprozesse für innovative Unternehmen und Start- Ups.

- Eine bessere Kontrolle der Nutzung von Elektrofahrrad- und Elektroroller (private Anbieter wie Bolt) im Stadtgebiet, um Unfälle und Behinderungen im Straßenverkehr, insbesondere für Fahrradfahrer und Fußgänger sowie behinderte Menschen zu vermeiden.
- Respekt vor den Bürgern und Bürgerinnen, die ihr Auto weiterhin nutzen müssen oder wollen. Das heißt: eine Optimierung der Ampelschaltungen sowie der Bereitstellung ausreichender Parkmöglichkeiten im Innenstadtbereich – insbesondere in der Nähe von Arztpraxen und anderen medizinischen Einrichtungen.
- Die Nutzung und Förderung von erneuerbaren Energien wo es auch immer sinnvoll und im Interesse der Bürger und Bürgerinnen möglich ist.
- Weitere Flächenversiegelungen lehnen wir ab. Wir bleiben bei unserem NEIN zum Bau der Stadtautobahn namens B 63n und des Zubringers K 35n.

15. Demokratie und Mitbestimmung

Wir setzen uns für mehr Mitbestimmung der Bevölkerung auf kommunaler Ebene ein. Es reicht nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt lediglich bei den Wahlen ihre Stimme abgeben dürfen. Es reicht auch nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger bei den Sitzungen des Rates still zuhören oder vielleicht bei einer „Einwohnerfragestunde“ begrenzt Fragen formulieren dürfen.

Wir fordern:

- Die Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen in die regelmäßigen Sitzungen der Bezirksvertretungen.
- Die digitale Übertragung der Ratssitzungen, so dass alle Bürger und Bürgerin die Sitzung verfolgen können.
- Die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, Anfragen und Anträge an die Bezirksvertretungen zu richten.

Es ist wichtig, dass die Wähler und Wählerinnen neben ihrer Stimmenabgabe immer die Möglichkeit einer aktiven Beeinflussung der realen Politik während der gesamten Legislatur behalten. Letztendlich machen wir immer wieder die Erfahrung, dass die politischen Ziele und Versprechen vor den Wahlen nicht unbedingt mit der tatsächlichen Politik nach den Wahlen übereinstimmen.

16. Digitalisierung mit Augenmaß

Digitalisierung ist nur dann sinnvoll, wenn auch die technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen gegeben sind. Das ist leider häufig immer noch nicht der Fall. Wenn kein WLAN verfügbar ist (nicht nur auf dem Land), dann schadet Digitalisierung im Ernstfall mehr, als dass sie einen Nutzen bringt.

Wir fordern:

- Digitalisierung – aber vernünftig und mit Weitsicht.
- Ausbau der Voraussetzungen für eine zunehmende und hilfreiche Digitalisierung.

- Aufbau von Digitalcentern für die Bürgerinnen und Bürger angebunden an die Bürgerämter. Hier können die Bürger mit entsprechender Unterstützung durch entsprechendes Personal ihre Angelegenheiten zunehmend selbständig und unkompliziert erledigen (Personalausweis, Ummeldung bei Umzug, PKW-Anmeldung usw.).
- Respekt vor der älteren Generation oder auch den Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, die häufig den Digitalisierungsprozessen nicht gewachsen ist – hier ist eine Alternative zur digitalen Nutzung sicherzustellen.

17. Für eine starke kommunale Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Gemeindeordnung für NRW besagt: „Die Gemeinden sind die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus. Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.“

Tatsache ist: Die Kommunen sind hoch verschuldet. Bund und Land stehlen sich zunehmend aus der Verantwortung und geben wie selbstverständlich Milliarden für Rüstung und „Kriegstüchtigkeit“ aus. Für soziale Projekte oder auch nur die existentielle Absicherung der „Bürgerschaft“ ist viel zu wenig Geld übrig. Und die EU fördert mit ihren Verträgen große Pharma- und Rüstungskonzerne.

In der Konsequenz werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Wirtschaft und Bürgerbeteiligung in Hamm – da ist deutlich Luft nach oben!

Die Stadtwerke Hamm gehören den Bürgerinnen und Bürgern. Sie versorgen uns mit Strom, Wasser, Wärme und Mobilität – und erwirtschaften dabei jährlich Millionen. Diese Energie wollen wir nutzen, um soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und echte Bürgerbeteiligung voranzutreiben. Hamm kann mehr – wenn wir unsere Stadtwerke nicht als Geldquelle zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes, sondern als soziales Instrument der Stadtentwicklung verstehen.

Wir wollen deshalb:

- Stadtwerke-Sozialfonds: Hilfe bei Stromnachzahlungen oder Energiearmut für Menschen mit geringem Einkommen.
- Rückführung der Überschüsse in soziale Projekte.
- Förderung von Stadtteilzentren oder Sportvereinen.
- Keine Querfinanzierung für Prestigeprojekte.
- Sozialtarif für Strom und Wärme für Menschen mit geringem Einkommen.
- Kostenlose Energieberatung für Haushalte mit hohem Verbrauch
- Bonusprogramme für energiesparende Geräte und Maßnahmen – finanziert über den Gewinn der Stadtwerke.

Wir fordern des Weiteren:

Einen Klimaschutz aus Hamm – mit Bürgerbeteiligung

- Gründung einer „Bürgerenergie Hamm eG“ – Bürger können selbst Strom erzeugen und mitbestimmen.

- Ausbau von Biogasanlagen mit lokalen Landwirten.
- Förderung von Wärmeverbunden in Stadtteilen wie Heessen und Pelkum.

Eine Digitale Daseins-Vorsorge – in Bürgerhand

- Glasfaserausbau durch die Stadtwerke – unabhängig von Großkonzernen.
- Digitale Services wie Verbrauchs-Apps, transparente Rechnungen und Energiespar-Tools.
- Einführung einer „Hamm-Mobil-Flatrate“ für Bus, Leihfahrrad.

Soziale Tarife und Beratung für alle

- Demokratisierung der Stadtwerke.
- Bürgerbeirat Stadtwerke mit Mitspracherecht bei Investitionen und Preisen.
- Veröffentlichung aller Großausgaben, Vorstandsgehälter und Beteiligungen.

Mehr Mitbestimmung für Mitarbeitende und Gewerkschaften

- Bürgerfonds und Stadtteilbeteiligung – Mitentscheiden vor Ort.
- Ziel: Stadtentwicklung aus dem Stadtteil heraus – einfach, direkt, gemeinsam.

Viele Menschen wissen, was ihrem Viertel fehlt: eine neue Parkbank, ein Trinkbrunnen, eine Blumenwiese, ein Bücherschrank oder Spielgeräte. Wir wollen, dass solche Ideen Realität werden – nicht an Bürokratie scheitern.

- Förderung lokaler Projekte: z. B. Bänke, Stadtgrün, Bolzplätze.
- Vergabe städtischer Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen.
- Einrichtung eines Mittelstands-Lotsen im Rathaus als zentrale Anlaufstelle.
- Förderung leerstehender Räume für Pop-up-Stores und Werkstätten.

Stadtgelder sinnvoller einsetzen – Beteiligungen prüfen

- Gewinne städtischer Betriebe gezielt für soziale Zwecke einsetzen – statt in Luxusprojekte zu fließen.
- Transparenz und Kontrolle durch die Bürger.
- Veröffentlichung aller Ausgaben über 10.000 € auf einer öffentlichen Plattform.
- Einrichtung des „Spar-Check Hamm“: Bürger melden Geldverschwendung, gute Vorschläge werden belohnt.

Unsere Innenstadt – lebendig, vielfältig, menschlich zu gestalten

Die Hammer Innenstadt soll wieder ein Ort sein, an dem man gerne ist – zum Einkaufen, Verweilen, Arbeiten und Leben, mit Raum für kleine Läden, Kultur, Begegnung und bezahlbares Wohnen.

- Zwischennutzung fördern: Leerstehende Läden und Büros als Pop-up-Stores, Ateliers, Werkstätten oder Nachbarschaftscafés bereitstellen.
- Mietzuschüsse oder mietfreie Startphasen für soziale und kreative Initiativen.

- Städtische Plattform für freie Räume in der Innenstadt, damit Ideen schnell Flächen finden.

Den Einzelhandel stärken – lokal statt gesichtslos

- Gemeinsamer Online-Marktplatz für Hamm, auf dem lokale Händler ihre Produkte anbieten.
- Aktionswochen und Events für Innenstadtbesuche (z. B. Nachtmärkte, lokale Genussmärkte, „Kauf-lokal“-Tage).
- Kooperation mit Schulen und Ausbildungsstätten für Projekte in der Innenstadt (z. B. Azubi-Café, Jugendbuchladen). Auszubildende und Berufsschüler sollen unter fachlicher Aufsicht gemeinsam einen Markt planen, gestalten und kalkulieren dürfen. Dabei präsentieren sie ihre Betriebe und sammeln Praxisnahe Erfahrungen in Organisation, Teamarbeit und Wirtschaftlichkeit.

Die Erhöhung der Aufenthaltsqualität – Orte zum Verweilen

- Mehr Sitzgelegenheiten, Trinkbrunnen, Grünflächen und Schattenplätze.
- Verkehrsberuhigung in zentralen Bereichen – mehr Platz für Fußgängerinnen und Radfahrerinnen.

Die Innenstadt als Wohnort – bezahlbar und durchmischt

Wir machen Schluss mit leeren Schaufenstern und Einheitsfilialen. Die Hammer Innenstadt soll wieder das Herz der Stadt sein – bunt, kreativ, lebendig. Für Kinder, Familien, Senioren, Künstler, Händler und alle, die ihre Stadt lieben. Integratives Zusammenleben. Bestehende Betriebe sollen gestärkt werden. Wer bleibt, soll belohnt werden.

Unsere Handwerks-Betriebe, Cafés, Geschäfte und Dienstleister verdienen Unterstützung – nicht nur bei der Gründung, sondern auch im Alltag.

Viele Betriebe halten Hamm seit Jahren am Laufen. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, engagieren sich im Stadtteil und sichern Lebensqualität. Doch steigende Kosten, Personalmangel und zu viel Bürokratie gefährden ihren Bestand. Wir setzen uns dafür ein, dass sie nicht übersehen, sondern gezielt gefördert werden.

Anerkennung und finanzielle Entlastung

Bestandsförderung statt nur Gründungsförderung: Auch bestehende Betriebe können Zuschüsse für Digitalisierung, Umbau, Werbekosten oder Energieeffizienz beantragen.

Unterstützung bei steigenden Energiekosten durch Stadtwerke- Sozialtarife für Gewerbe in besonderen Härtefällen.

Die Stadtteilbindung stärken

- Bevorzugung ortsansässiger Betriebe bei städtischen Aufträgen.
- Gewerbeschaufen und Stadtteilmärkte fördern, um lokale Unternehmen und Landwirte sichtbar zu machen.
- Unterstützung für Betriebe, die sich sozial engagieren – z. B. durch Patenschaften mit Vereinen oder Schulen.

Wer hier schafft, verdient Respekt – Hamm stärkt seine Betriebe

Wir reden nicht nur von Wirtschaft – wir reden von Menschen, die morgens früh aufstehen, Mitarbeiter bezahlen, Lehrlinge ausbilden und abends noch selbst den Laden fegen.

Diese Betriebe brauchen keinen Schulterklopfer. Sie brauchen eine Stadt, die hinter ihnen steht, die Bürokratie abbaut und nicht fördert. Die nicht nur neue Start-Ups feiert – sondern auch den Friseur um die Ecke, den Maler, der Sponsoring im Fußballverein macht, oder das Café, das Lehrlinge trotz allem übernimmt.

Deswegen Wir sagen sehr deutlich:

Wer hier seit Jahren seine Arbeit macht, Jobs sichert und Steuern zahlt, der soll auch merken, dass er zählt. Hamm soll nicht nur gründen helfen, sondern halten, was wir schon haben. Gemeinsam die Zukunft gestalten, mit Menschen, die wissen wovon sie reden.

Wir fordern daher:

- Hohe Besteuerung der Reichen und niedrige Besteuerung der kleinen und mittleren Einkommen
- Förderung der Ansiedlung von Unternehmen in Hamm, die Arbeitsplätze schaffen

Der kommunale Haushalt darf nicht durch Einverleibung von Überschüssen der Stadtwerke „konsolidiert“ werden. Überschüsse der Stadtwerke müssen direkt den Bürgerinnen und Bürgern (Kunden) und ihrer finanziellen Entlastung zu Gute kommen.

Land und Bund müssen die Kommune bezüglich der in der Coronapandemie verursachten finanziellen Belastungen entschädigen und die Kosten nachträglich übernehmen. Hamm muss als Kommune wieder dem Auftrag der freien Selbstverwaltung und der Förderung des Wohls der Bürgerschaft gerecht werden.

Wir wissen, dass ein Programm zur Kommunalwahl niemals den Anspruch auf Vollständigkeit erfüllen kann. Daher nehmen wir gerne Anregungen, Kritik, Verbesserungsvorschläge und Widerspruch auf. Sie wollen politisch aktiv werden? Wir laden Sie zur Mitarbeit ein – nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes!

V.i.S.d.P.:

Organisationsteam BSW Hamm
Anschrift: Brüderstraße 3b, 59065 Hamm

Kontaktdaten:

Gerhild Haurenherm

mobil: 0157 393 638 27
mail: teamhamm@bsw-vg.nrw

Alisan Sengül

mobil: 0177 654 53 50
mail: teamhamm@bsw-vg.nrw

